

# SPD demokratischer pressediens

F/XXX/203

23. Oktober 1975

Ein Ja zu Deutschland und Europa

-----  
Anmerkungen zum 20. Jahrestag der Saar-Abstimmung

Von Friedel Lippie MdL  
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Saar und Mitglied  
des SPD-Bundesvorstandes

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Entspannung und Frieden sichern

-----  
Aufgabe der Bundeswehr im demokratischen Staat

Von Albert Osswald MdL  
Mitglied des SPD-Vorstandes und Ministerpräsident von  
Hessen

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Ein Marketein in der Entwicklungspolitik

-----  
Zur ersten Lesung des AKP-Abkommens im Bundestag

Von Alwin Brück MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 5 und 6 / 69 Zeilen

CDU-Rundfunkpolitik im Argumentationsnotstand

-----  
SPD kämpft für Erhaltung und Ausbau der Rundfunkfreiheit

Von Gert Bühren MdL  
Mitglied des Rundfunkrates des NDR und des Landesvor-  
standes der SPD in Schleswig-Holstein

Seite 7 / 42 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

-----  
"Wieder Irrtum noch Jugendsünde"

Seite 8 und 9 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 09 26 146 - 48 ppsb d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Ein Ja zu Deutschland und Europa  
-----

Anmerkungen zum 20. Jahrestag der Saar-Abstimmung

Von Friedel Laepple MdL

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Saar und  
Mitglied des SPD-Bundesausschusses

Der 23. Oktober 1955 bedeutet in der geschichtlichen Rückschau den Abschluß fast 400jähriger Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich um die Saar. Während diese Gegensätze zunächst unter dynastisch-gesamteuropäischem Aspekt gesehen werden müssen, sind später einseitig militärisch-strategische und schließlich nationalistische und wirtschaftsimperialistische Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt.

Das wurde besonders nach dem Ende des ersten Weltkrieges deutlich, als Frankreich das Saarbecken als Kompensation für die Verwüstung des nordfranzösischen Kohlereviere und mit dem Hinweis auf die Einheitlichkeit des saarländisch-lothringischen Wirtschaftsraumes beanspruchte. Am 13. Januar 1935 machte jedoch eine Mehrheit von 90 vH der saarländischen Bevölkerung der Weltöffentlichkeit deutlich, daß sie ihr Land als festen Bestandteil des deutschen Reiches ansehen.

Nach der Niederwerfung des Hitler-Faschismus stand das Saarland erneut zur Disposition der Siegermächte und damit Frankreichs. Während im Saarland Politiker regierten, die gewillt waren, den in der Saar-Verfassung vorgeschriebenen wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich zu vollziehen und die Abtrennung von Deutschland zu akzeptieren, regten sich politische Kräfte, die an der Unabtrennbarkeit des Saarlandes von der gesamten deutschen Schicksalsgemeinschaft unerschütterlich festhielten und entschlossen waren, ihr auch politisch Geltung zu verschaffen. Diese Männer und Frauen in der Bundesrepublik und im Saarland, zu denen an hervorragender Stelle auch der langjährige SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Kurt Conrad gehört, zwangen aus der Illegalität heraus die Regierungen in Bonn und Paris an den Verhandlungstisch und brachten damit den Lösungsvorschlag auf den Weg, zu dem Deutschland und Frankreich sich schließlich bereitfanden: das sogenannte europäische Statut für die Saar.

Es gehört zu den dankwürdigen Leistungen einer zu freier Selbstbestimmung entschlossenen Bevölkerung, daß sie trotz systematischer Meinungsmanipulation, trotz Presse- und Rundfunkzensur und trotz ständiger Unterdrückung der deutschgesinnten Opposition offen blieb für die Argumentation jener verdienstvollen Männer und Frauen, die im Laufe nur eines einzigen Jahres ihren Mitbürgern begreiflich machen konnten, daß es richtig sei, das Saarstatut abzulehnen und mit "Nein" zu stimmen. Dabei war es das Risiko der Deutschgesinnten und der Saarbevölkerung, nicht zu wissen, wie Frankreich auf die Ablehnung des Saarstatuts reagieren würde. Es ist nicht zu Unrecht als eines der "Wunder an der Saar" bezeichnet worden, daß Frank-

reich, das vorher gedroht hatte, bei Ablehnung des Statuts würde "alles beim alten bleiben", bereits am Tag nach der Abstimmung den erklärten Willen der Mehrheit der saarländischen Bevölkerung akzeptierte und zu neuen Verhandlungen über das Schicksal der Saar bereit war.

Mit der aus der Einsicht der französischen Regierung resultierenden Entwicklung ist das Nein zum Saarstatut letztlich ein Ja zu Europa geworden, ein Ja zum Geiste guter Nachbarschaft Deutschlands und Frankreichs. Die Integration des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland war ein außerordentlich schwieriger Prozess, der auf wirtschaftlichem Gebiet bis heute nicht ganz abgeschlossen ist. Die Montanindustrien, ursprünglich Hauptgegenstand politischer Begehrlichkeit, geriet kurz nach der Rückgliederung in eine mehr als ein Jahrzehnt währende Dauerkrise. Der Aufbau neuer Industrien gelang nicht in erforderlichem Umfang, wobei kurzzeitige Politiker im Saarland einen großen Teil Verantwortung zu tragen haben. So hat das Land noch heute unter der einst ausgeprägten Monostruktur zu leiden.

In diesem Zusammenhang müssen die Leistungen des Bundes für das Saarland besonders hervorgehoben werden. Besonders in den letzten Jahren ist in außergewöhnlichem Umfang die Verbesserung der Infrastruktur, vor allem des Verkehrswesen gefördert worden. Während zum Zeitpunkt der Rückgliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik kein Kilometer Autobahn existierte, gibt es heute 140 km ausgebaute Autobahn und weitere begonnene und geplante Fernverbindungen in alle Richtungen. Diese Entwicklung zügig voranzutreiben muß eine der Hauptaufgaben der saarländischen Politik mit dem Bund bleiben. Ein entscheidender Schritt zur Standortverbesserung des Saarlandes ist die von der Bundesregierung beschlossene, inzwischen begonnene Kanalisierung der Saar. Zwar ist zu bedauern, daß frühere Möglichkeiten zur Realisierung dieses Projekts nicht wahrgenommen worden sind, doch man kann heute davon ausgehen, daß mit der Vollendung des Saar-Kanals zu Beginn der achtziger Jahre wesentliche neue Impulse für die Saar-Wirtschaft gegeben wurden.

Wesentlich reibungsloser als die wirtschaftliche Eingliederung erfolgte die soziale Integration in das bundesdeutsche System. Hier haben sich die saarländischen Bundestagsabgeordneten aller Parteien große Verdienste erworben, indem sie in langwierigen und mühevollen Beratungen Härten für die saarländische Bevölkerung weitgehend verhindern konnten. Mittlerweile sind durch gesetzgeberische Fortschritte auch die letzten Nachteile, die gegenüber dem früheren französischen System bestanden, z.B. beim Kindergeld, beseitigt.

Insgesamt muß man die Rückkehr des Saarlandes in den Staatsverband der Bundesrepublik als gelungen bezeichnen. Die saarländische Bevölkerung vertraut darauf, daß der noch gegebene Nachholbedarf, der auf die Wechselfälle der Geschichte ihres Landes zurückzuführen ist, mit Hilfe der Bundesregierung in den nächsten Jahren aufgeholt wird. Ihrerseits haben die Saarländer bewiesen, daß ihr Votum vom 23. Oktober 1955 nicht nur ein emotionales Bekenntnis war, sondern die Bereitschaftserklärung, an der Zukunft Deutschlands mitzuarbeiten und sie mitzugestalten.

(-/23.10.1975/v/e/pr)

## Entspannung und Frieden sichern

---

### Aufgabe der Bundeswehr im demokratischen Staat

Von Albert Oswald MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes und Ministerpräsident von Hessen

Die Bundeswehr hat einen festen Platz in unserer Demokratie und ist in diese Gesellschaft integriert. Sie blickt in diesem Jahr auf ihr zwanzigjähriges Bestehen zurück. Wir können mit Stolz sagen, daß sie ihre Aufgaben vorbildlich erfüllt hat.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mehr als mancher andere Staat dazu beigetragen, die internationale politische Friedensordnung zu verbessern und den Verzicht auf Gewaltanwendung im zwischenstaatlichen Bereich durchzusetzen. Dieser Beitrag ist um so gewichtiger, als das Thema der äußeren Sicherheit für unser Land aufgrund seiner geographischen und strategischen Lage jahrelang höchste Priorität beanspruchte. Der Verzicht auf Gegengewalt beruht zwar auf klaren rationalen Gründen, war jedoch keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Die Teilung Deutschlands und die Abtrennung von ehemals deutschen Gebieten ist gewiß eine Konsequenz des Zweiten Weltkrieges. Aber niemand sollte den sicherlich schmerzlichen Friedenbeitrag unterschätzen, den die Bundesrepublik mit der Anerkennung der daraus sich ergebenden Folgen geleistet hat. Die friedliche Veränderung von Grenzen ist in den Dokumenten der KSZE festgehalten. Aus ihnen begründet sich auch die Haltung der Bundesregierung zur nationalen Einheit des deutschen Volkes, wenn auch gegenwärtig zwei selbständige Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen politische Realität sind. Frieden und Sicherheit sind die zwei Seiten einer Medaille.

Die Stärke der Politik, auch der Friedenspolitik, hängt nicht allein von der Kraft der Argumente ab, sondern auch von der Fähigkeit, sie zu sichern. Zu dem festen Willen zur Entspannung gehört unlösbar der ebenso

festen Willen, unseren Staat, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten zu verteidigen.

Natürlich sehnen wir alle eine Zeit herbei, in der Sicherheit für uns auch ohne den heute dafür erforderlichen hohen Preis an persönlichem und materiellem Aufwand möglich ist. Aber diese Zeit ist trotz aller Bemühungen um eine gleichwertige und gleichrangige Reduzierung von Truppen- und Waffensystemen, wie die Verhandlungen der SALT-Konferenz in Wien zeigen und die Erfahrung lehrt, noch weit entfernt. Wir müssen deshalb bereit sein, unseren Preis für unsere Sicherheit zu zahlen und unseren angemessenen Anteil an den Anstrengungen des westlichen Bündnisses zu leisten.

Der Bundeswehr bleibt der unveränderte Auftrag, in enger Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten zu verhindern, daß uns Gewalttätigkeiten von fremder Seite aufgezwungen werden und unser Land von außen gefährdet wird. Wir brauchen diese Absicherung nach außen, um die Aufgaben, die jetzt im Inneren entstehen, mit Aussicht auf Erfolg lösen zu können.

Professor Grosser, der diesjährige Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, hat in seiner Dankesrede mit Nachdruck auf die gefährlichen Folgen hingewiesen, die von einer Angst ausgehen können, die aus Wirtschaftsun-  
sicherheit und Arbeitslosigkeit entsteht und die sich in der gegenwärtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Situation der freien Welt zeigt. Hier sind Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam aufgerufen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Überwindung der gegenwärtigen Weltrezession beizutragen, damit Schaden von unserem Volke gewendet werde.

Den inneren Frieden zu erhalten, heißt gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Schwäche des Schwachen nicht auszunutzen, sondern Schutz und Sicherheit auch unter schwierigen Bedingungen zu erhalten. Das sind zugleich alte soldatische Tugenden, die auch heute noch unverändert Gültigkeit beanspruchen.

(-/23.10.1975/w1/ee)

Ein Meilenstein in der Entwicklungspolitik

Zur ersten Lesung des AKP-Abkommens im Bundestag

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Bundestag behandelt am Freitag in erster Lesung das Ratifizierungsgesetz zur sog. Lomé-Konvention zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und 46 Staaten Afrikas, der Karibik und dem Pazifischen Raum (AKP-Abkommen).

Das Abkommen stellt nicht nur einen Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaften dar, sondern enthält auch Elemente, die für die künftigen Beziehungen zwischen nördlicher und südlicher Halbkugel insgesamt von Bedeutung sein können. Die Europäer haben dabei bewiesen, daß sie auch in sehr schwierigen Verhandlungen mit unterschiedlichen Interessenlagen sowohl in den eigenen Reihen als auch den Partnern gegenüber handlungsfähig geblieben sind und dabei sogar neuartige, in die Zukunft weisende Lösungsformen gefunden haben.

Schon heute gibt es kaum mehr ein internationales Treffen über Probleme des Nord-Süd-Verhältnisses oder über Entwicklungszusammenarbeit, bei dem nicht auch über das AKP-Abkommen gesprochen wird. Dieser Durchbruch mag auch dazu beigetragen haben, daß in den Gremien der Vereinten Nationen in letzter Zeit eine bisher vorhandene Stimmung der Konfrontation einem Geist der Kooperation Platz gemacht hat. Ein zusätzlicher positiver Nebeneffekt war, daß Europa dazu beitragen konnte, die traditionelle Teilung Afrikas in anglophone und frankophone Länder zu mildern.

Beim Beitritt Englands, Dänemarks und Irlands zu den Europäischen Gemeinschaften hatte sich auch die Frage gestellt, in welcher Weise die Assoziierungspolitik der Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt weitergeführt und wie insbesondere ein Teil der ehemals britischen Gebiete über die Konventionen von Yaounde und Arusha hinaus mit der neuen Gemeinschaft verbunden werden könnten. Bei den ersten Gesprächen mit den "Altassoziierten" und den in den Beitrittsverträgen aufgeführten neuen Staaten zeigte sich sehr schnell, daß eine neue Quantität auch eine neue Qualität erfordern würde. Der Assoziierungsrahmen reichte nicht mehr aus, es mußte eine Abkommensform gefunden werden, die auch den partnerschaftlichen Aspekt hinreichend deutlich macht.

Dabei waren drei Elemente besonders zu beachten:

- Wie kann den Entwicklungsländern ein besserer Zugang zu den europäischen Märkten gesichert werden, ohne daß sie sich ihrerseits verpflichten müssen, ihre Märkte in gleicher Weise für Produkte

aus der Gemeinschaft offen zu halten?

- Was kann unternommen werden, um die Entwicklungsländer vor Preis- und Mengenschwankungen auf den Rohstoffmärkten zu schützen, deren Volkswirtschaften besonders von der Abnahme bestimmter Grundstoffe abhängen?
- Welche Mittel können für eine finanzielle und technische Zusammenarbeit mobilisiert und partnerschaftlich verwaltet werden?

Als entscheidende Neuerung des Abkommens kann das System der Erlösestabilisierung für agrarische Produkte - mit einer Ausnahme - angesehen werden. Bis zu einer bestimmten Gesamtsumme können danach einzelne Länder einen Ausgleichsbetrag erhalten, wenn die Erlöse der Ausfuhren in die Gemeinschaft unter einen Referenzwert fallen. Dieses System - zusammen mit der Zuckerabnahmegarantie von 1,22 Millionen Tonnen pro Jahr aus den AKP-Ländern - hat wie alle Neuerungen und Reformen auch kritische Stimmen ausgelöst. Aber das ändert nichts daran, daß hier ein originärer Beitrag geleistet worden ist, wie unter Beibehaltung eines freien Welt-handelssystems nachteilige Folgen der derzeitigen Weltwirtschaftsordnung gemildert werden können. Daß die EG-Länder unter weiter Auslegung der Freihandelsbestimmungen des GATT auf Gegenpräferenzen verzichten und so den Strukturunterschieden der Handelspartner Rechnung tragen, ist ebenfalls als wesentliche Neuerung ohne Durchbrechung des Systems anzusehen.

Schließlich hat die Gemeinschaft für die nächsten fünf Jahre einen neuen Entwicklungsfonds zugesagt, dessen 3,39 Milliarden Rechnungseinheiten (über zehn Milliarden DM, davon rd. 26 vH von der Bundesrepublik) mit großen Mitwirkungsmöglichkeiten der AKP-Länder zur Förderung der Agrarproduktion, der Infrastruktur und für Maßnahmen zur wirtschaftlichen Diversifizierung eingesetzt werden sollen.

Die Bundesregierung hat den AKP-Staaten zugesagt, daß sie das Lomé-Abkommen so schnell wie möglich den gesetzgebenden Körperschaften zur Ratifizierung zuleiten wird. Dies ist geschehen, und ich bin sicher, daß auch die zuständigen Gremien die Arbeit zügig aufnehmen und so rasch wie möglich zum Abschluß bringen werden. Damit wäre eine wichtige Etappe für eine Entwicklungspolitik der Gemeinschaft erreicht. Die Arbeiten für eine weltweite Entwicklungspolitik der Neun wird die Bundesregierung weiterverfolgen und darauf hinwirken, daß dieser Prozeß mit einer Harmonisierung und Koordinierung der bilateralen Entwicklungspolitiken der Mitgliedsländer einhergeht, was im Interesse einer größeren Effizienz mit Vorrang betrieben werden muß. (-/23.10.1975/bgy/pr)

+ + +

CDU-Rundfunkpolitik im Argumentationsnotstand  
-----

SPD kämpft für Erhaltung und Ausbau der Rundfunkfreiheit

Von Gert Börnsen MdL

Mitglied des Rundfunkrates des NDR und des Landes-  
vorstandes der SPD in Schleswig-Holstein

Der Rundfunkrat soll nicht länger medienpolitische Enthelmsamkeit üben. Darin stimmen alle politischen Gruppen in diesen neugewählten Gremien des NDR überein. Probleme bringt diese Meinungsfreudigkeit nicht für die Sozialdemokraten (und auch nicht für die FDP), denn die rundfunkpolitischen Grundsätze der Sozialdemokraten sind abgestimmt mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Mitarbeiter und mit der Leitung des Hauses. Probleme bringt die Meinungsfreudigkeit aber wohl für die CDU, denn sie wird in Zukunft ihre aggressive Parteipolitik begründen müssen. Und liberale Christdemokraten werden sich entscheiden müssen: für oder gegen den absolutistischen Machtanspruch des Kieler Regenten gegenüber den Mitarbeitern einer öffentlich-rechtlichen Anstalt; für oder gegen eine "Ausgewogenheits"-Formel, die sich auf die Liquidierung der ARD-Magazine reduzieren läßt; für oder gegen die Scheukleppenpolitik der baden-württembergischen Landes- und der bayerischen Staatsregierung.

Ebenso wie das offensive Vorgehen der "Panorama"-Redaktion sich gelohnt hat (nämlich den Scharfrichter des Magazins zur Selbstdarstellung und Selbstentlebung in eben diese Sendung zu holen), ebenso hat sich schon jetzt die Offensive von SPD und FDP gelohnt, im Rundfunkrat von der CDU eine klare Meinung zu verlangen. In der ersten Sitzung des Rundfunkrates nach der Neuwahl konnte nur die FDP dem vorliegenden Resolutionsentwurf der Sozialdemokraten zustimmen. Die CDU beschränkte sich auf Formales und bat um Bedenkzeit. Die nächste, auf Verlangen der CDU einberufene Tagung des Gremiums fand vor kurzem ohne die CDU-Mitglieder statt, weil diese sich an der Veröffentlichung der SPD-Vorlage stießen. Erst bei einer dritten Sitzung des Rundfunkrates Anfang November wird die CDU das Versteckspiel beenden müssen: Die Sitzung wird in jedem Fall beschlußfähig sein.

Der Vorgang beweist: Jene Politiker, wie der niedersächsische Landtagspräsident, die sehr schnell mit der Vokabel "Meinungsterror" bei der Hand sind, wenn "Panorama"-Redakteure fertig gemacht werden sollen, verfallen auf läppische Tricks, wenn sie zur Rede gestellt werden. Sie haben eine parteipolitische Debatte über eine krämerseeelenhafte "Ausgewogenheit" angezettelt, aber sie scheuen die Überprüfung ihrer Waage: die rundfunkpolitische Definition nämlich. Im SPD-Entwurf heißt es: "Die Forderung nach der 'Ausgewogenheit' des Programms ist eine Forderung nach Offenheit und Vielfalt der Meinungen. Eine Beschränkung auf 'in sich ausgewogene' Informationsbeiträge ist mit Geist und Aufgabe des Rundfunks in der Demokratie unvereinbar. Wo der Begriff der Ausgewogenheit mißbraucht wird, um kritische Journalisten zu disziplinieren, ist die Meinungsfreiheit selbst in Gefahr."

Ein "Kampfpapier", wie ein CDU-Vertreter meinte? Ja, ein Kampfpapier für Erhaltung und Ausbau der Rundfunkfreiheit! (-/23.10.1975/wl/ee)

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Weder Irrtum noch Jugendsünde"

Unter dieser Schlagzeile nimmt W.V." (= der CDU-Bundestagsabg. Wolfgang Vogt/Chefredakteur) in der November-Ausgabe der "Gemeinsamen Zeitung" der Katholischen Arbeiter-Bewegung zum "Ahlener Programm im Meinungsstreit" Stellung. Wir geben den Kommentar im vollen Wortlaut wieder.

Ahlen ist eine Stadt, wie es viele in diesem Lande gibt. Ihr Name ruft keine besondere Erregung hervor. Oder jemand müßte aus persönlichen Gründen mit dieser Stadt verbunden sein.

Die Szene verändert sich sofort grundlegend, wenn Ahlen in Verbindung gebracht wird mit dem Programm, das die CDU der britischen Zone im Februar 1947 dort verabschiedet hat. "Ahlener Programm" - das ist ein Reizwort. Für einige ist es die Erinnerung an die Tage eines neuen Aufbruchs: Die CDU sollte eine bewußt christlich-soziale Partei sein. Für andere ist es die Jugendsünde der CDU, ein Irrtum, dem es abzuweichen gilt. Und manch prominenter Politiker der Union hat in diesen Tagen wieder öffentlich abgeschworen.

Den Anlaß lieferte der Generalsekretär der CDU, Professor Kurt Biedenkopf, indem er erklärte, "das Ahlener Programm ist kein Irrtum, sondern wesentliche Grundlage der CDU-Politik".

Die Aufregung um das "Ahlener Programm" in der Union ist schon erstaunlich, denn seine Väter waren keine verkappten Marxisten. Im Gegenteil: Sie gehörten einer Generation christlicher Politiker an, die vom sozialen Katholizismus, dem Volksverein für das katholische Deutschland und von den sozialen Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche geprägt worden waren. Soll gerade ihnen die CDU ihre Jugendsünde verdanken?

Nur wer oberflächlich das Dokument liest, kann zu diesem Urteil kommen. Natürlich, da ist die Rede von Lenkung und Planung sowie von Vergesellschaftung bestimmter Unternehmen. Aber man muß schon böswillig sein,

wenn man aus diesen Textstellen auf sozialistische Tendenzen schließt. Die Väter des Ahlener Programms haben nämlich offensichtlich differenzierter gedacht als ihre Kritiker. Gerade das Kapitel "Planung und Lenkung" ist dafür Beleg.

Niemand hätte sich verwundern können, wenn in Ahlen angesichts der Not im Februar 1947 formuliert worden wäre, im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage seien Lenkung und Planung der Wirtschaft auf lange Zeit noch in einem erheblichen Umfang notwendig. Aber weit gefehlt. Die CDU-Politiker unterschieden damals genau, "ob die Planung und Lenkung im Hinblick auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage erfolgt oder von Fall zu Fall als notwendig betrachtet wird, oder ob die Planung und Lenkung der Wirtschaft als Selbstzweck angesehen wird". Planung und Lenkung aus Prinzip werden abgelehnt, denn unmißverständlich erteilt das "Ahlener Programm" dem Staatssozialismus und Staatskapitalismus eine Absage. Es fordert demgegenüber die Anwendung des machterteilenden Prinzips in der Wirtschaft.

Wenn man also den Vätern des "Ahlener Programms" einen Vorwurf machen will, denn kann es nur der sein, daß sie nicht erkannt haben, daß das machterteilende Prinzip in der Wirtschaft vor allem in einer Wettbewerbsordnung seinen Ausdruck finden kann. Wer aber kann schon von sich aus behaupten, daß er im Februar 1947 die Bedeutung eines funktionfähigen Wettbewerbs für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung voll erkannt hat?

Wichtiger aber ist noch dies: Die geistigen Grundlagen, von denen das "Ahlener Programm" ausgeht, gehören auch heute noch zu den unverzichtbaren Grundlagen christlich-demokratischer Politik. Denn das "Ahlener Programm" ist nicht bloß vom Bekenntnis zum machterteilenden Prinzip in der Wirtschaft getragen. Es bekennt sich auch zu dem Grundsatz, daß sich die Freiheit des Bürgers in Wirtschaft und Staat gegenseitig bedingen, daß die Arbeitnehmer am Ertrag der Unternehmen beteiligt werden sollen, und daß sie an den Entscheidungsprozessen in den Unternehmen mitbeteiligt werden müssen.

(-/23.10.1975/wi/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller